

Im Kontext staatlicher Umverteilung wird die Wirkung dieser Umverteilung als Differenz zwischen Primäreinkommen und Sekundäreinkommen definiert. Das Primäreinkommen wird dabei üblicherweise auch als „Markteinkommen“ bezeichnet. Die sprachliche Implikation daraus ist, dass der Preis für die geleistete Arbeit am „Arbeitsmarkt“ bestimmt wird, wo Angebot von und Nachfrage nach Arbeit zusammentreffen und sich daraus der Lohnsatz ergibt. Das ist die neoklassische Standardtheorie des Lohnsatzes, wie sie auch in aktuellen Lehrbüchern der Mikro- und Makroökonomie vorgestellt. Nach dieser Theorie ist der Lohnsatz nachfrageseitig von der Grenzproduktivität bestimmt, und ist dadurch (unter Einbeziehung des freien Willens auf der Angebotsseite und objektiver Umstände wie der Anzahl an Arbeitskräften und Technologie) objektiv bestimmt. Es ist daher eine apolitische Theorie der Entlohnung, in welcher Prozesse politischer Willensbildung und sozialer Macht nicht vorkommen.

Ziel dieser Arbeit ist es nicht, die theoretische Kritik an obiger Theorie zu wiederholen, sondern, quasi exemplarisch, anhand eines Fallbeispiels auf die Inplausibilität dieser Theorie einzugehen und zu beleuchten, welche anderen Faktoren für die Bestimmung des Primäreinkommens relevant sein könnten. Als Fallbeispiel wird die Entwicklung der Primäreinkommen in Deutschland und Frankreich betrachtet und daraus ein Vergleich gezogen (Kapitel 2). Besonderes Augenmerk soll dabei auf dem bekannten Konzept „Agenda 2010“ liegen, sowie auf den dazugehörigen implementierten Maßnahmen, um daraus Schlüsse auf Faktoren ableiten zu können, welche auf die Primärverteilung wirken (Kapitel 3). Anschließend wird in Kapitel 4 eine theoretische Position formuliert, welche die historischen Tatsachen beider vorangehender Kapitel kausal zu verbinden versucht. Zum Abschluss werden wirtschaftspolitische Empfehlungen ausgesprochen, die sich daraus ableiten.